Ressort: Politik

Israelische Regierung drängt Berlin auf Entschädigung von Ghettoarbeitern

Berlin, 17.05.2013, 10:50 Uhr

GDN - Die israelische Regierung erhöht den Druck auf die Bundesregierung, eine Lösung für die noch immer ungeklärte Entschädigung ehemaliger jüdischer Ghettoarbeiter zu finden. Wie das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtet, schrieb der für Senioren zuständige Minister Uri Orbach vergangene Woche an Bundessozialministerin Ursula von der Leyen, dass die hochbetagten Überlebenden "es verdienen, zu ihren Lebenszeiten zu sehen, dass 'historische Verantwortung' nicht nur eine Floskel ist".

Aufgrund einer umstrittenen Klausel in Sozialgesetzbuch wird vielen Überlebenden bislang nur vier Jahre rückwirkend eine Rente gezahlt. Das eigens für die Ghettoarbeiter geschaffene Bundesgesetz sieht dagegen eine Leistung ab dem Jahr 1997 vor. Das macht nach Angaben der Regierung in Jerusalem für jeden der in Israel lebenden rund 13500 ehemaligen Ghettoarbeiter einen Unterschied von 15.000 Euro aus. Er hoffe, schrieb Orbach, "dass die deutsche Regierung schnell handele, um ihre Verpflichtungen gegenüber den Holocaust-Überlebenden voll einzulösen". Für den Fall, dass die Bundesregierung keine Lösung präsentiere, droht Orbach mit einer "öffentlichen und medialen Debatte in Israel".

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-13972/israelische-regierung-draengt-berlin-auf-entschaedigung-von-ghettoarbeitern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619